

19.08.25

## Antrag an den Landesparteitag / 2. Tagung am 28.09.25

### Betr.: Für eine gerechte Gesundheits- und Krankenhauspolitik im Saarland

Antragstellerinnen und Antragsteller:

KV Saarpfalz: Barbara Spaniol, Mirko Weisgerber, Heinz Schreiner u. a.  
(gem. einst. Beschluss der KMV vom 29.08.25)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Linke Saar nimmt die verheerende Kritik der Saar-Kliniken an der SPD-Alleinregierung sehr ernst. Ein weiteres Krankenhaussterben an der Saar muss verhindert werden. Dafür wird Die Linke Saar kämpfen.

Wir erleben im Saarland eine fehlgeleitete Gesundheitspolitik. Falsche Schwerpunkte und eine verfehlte Konzeption bestimmen derzeit die Entwicklung. Die Schließungen der Geburtshilfen im ländlichen Raum sind ein Tiefpunkt der saarländischen Krankenhauspolitik. Ebenso zeigt das Missmanagement am Beispiel des SHG-Klinikums in Völklingen deutlich, welche Folgen es hat, wenn klare Konzepte fehlen und stattdessen marktwirtschaftliche Interessen in den Vordergrund gestellt werden.

Das Land muss seiner Verpflichtung zur Finanzierung von Krankenhausinvestitionen vollständig nachkommen und den Weiterbetrieb unserer Krankenhäuser öffentlich absichern.

Ansonsten wird Gesundheit zur Ware gemacht. Und dies führt unweigerlich zu einem „Krankenhaussterben“, zum Verlust ärztlicher Kompetenz durch Kündigungen und zu immer schlechteren Voraussetzungen für die Versorgung einer alternden Bevölkerung.

Vor dem Hintergrund der angespannten Lage in den Kliniken – hohe Belegungsquoten, Notaufnahmen am Limit, Bettensperrungen durch Personalengpässe – ist die Erhöhung der Verhältniszahlen in der Bedarfsrahmenrichtlinie ein wirksamer Hebel. Mehr ambulante Kapazität reduziert vermeidbare stationäre Einweisungen, entlastet Notaufnahmen, verkürzt Verweildauern und senkt Rehospitalisierungen. So können Krankenhäuser ihre Ressourcen auf komplexe Fälle konzentrieren und die Versorgungsqualität sektorenübergreifend stabilisieren.

Anstatt hunderte Millionen Euro – im Falle des geplanten Zentralklinikums rund 700 Millionen Euro – in ein einziges Prestigeprojekt zu investieren, braucht es vielmehr ein flächendeckendes Gesundheitskonzept für das gesamte Saarland. Notwendig sind wohnortnahe Schwerpunkte und eine solide, langfristig tragfähige Versorgungsstruktur, die den Menschen dient und nicht den Marktinteressen.